

## Exporte wachsen weiter



» Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 2012 ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erneut unter Beweis gestellt. Im weiteren Verlauf des Jahres rechnen wir allerdings mit einer nachlassenden Weltkonjunktur, die auch an der Exportwirtschaft nicht spurlos vorübergehen wird.«

Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber anlässlich der Veröffentlichung des Reports am Sonntag in Berlin.

>> Seite 2

## Weltwirtschaft



## Weltweite Entwicklung

In den letzten Monaten hat sich die Weltwirtschaft weiter abgekühlt.

>> Seite 2

## Regionalschwerpunkt



## Türkei

Die türkische Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs.

>> Seite 7

## Interview zur Türkei



## Dr. Arend Oetker

Vize-Präsident des BDI und Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG.

>> Seite 9

## Branchenfokus



## Gießerei-Industrie

Die deutsche Gießerei-Industrie ist eine der exportintensivsten Industriebranchen.

>> Seite 10

## Gastbeitrag



## Daniel Caspary, MdEP

Koordinator der EVP-Fraktion im EP im Ausschuss für internationalen Handel

>> Seite 12

## Termine



## Außenwirtschaftstermine

Hier finden Sie interessante BDI-Veranstaltungen zum Thema Außenwirtschaft.

>> Seite 14

## Exporte wachsen weiter



Foto: Dr. Markus Kerber, BDI-Hauptgeschäftsführer

Die Exporte der deutschen Wirtschaft wachsen weiter. Das geht aus dem aktuellen BDI-Außenwirtschafts-Report hervor. Im ersten Halbjahr lagen die Ausfuhren deutlich um 4,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass sich die Entwicklung allmählich abkühlt.

»Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 2012 ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erneut unter Beweis gestellt. Im weiteren Verlauf des Jahres rechnen wir allerdings mit einer nachlassenden Dynamik, die auch an der Exportwirtschaft nicht spurlos vorübergehen wird.«

Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber anlässlich

der Veröffentlichung des Reports am 2. September in Berlin.

Nach 2,6 Prozent Wachstum im ersten Quartal – im Vergleich zum letzten Quartal 2011 – sind die Exporte im zweiten Quartal leicht um 0,5 Prozent zurückgegangen. Insgesamt geht der BDI 2012 von einem Exportwachstum von mindestens drei Prozent aus. Da sich die Importe im ersten Halbjahr schwächer als die Exporte entwickelten, wird der Außenhandel einen positiven Beitrag zum Gesamtwachstum leisten.

Der Handelsüberschuss betrug im ersten Halbjahr fast sieben Prozent des BIP. Wegen der nachlassenden Dynamik wird er im zweiten Halbjahr voraussichtlich wieder deutlich unter die Durchschnittswerte des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU („Six-Pack“) sinken.

Sorge bereitet Kerber der zunehmende Protektionismus. Bereits vier Prozent des Handels zwischen den G20-Staaten sind betroffen.

»Der BDI setzt sich dafür ein, dass die G20-Länder protektionistische Maßnahmen nicht nur beobachten, sondern sich auch zum Abbau der Belastungen verpflichten,«

so Kerber. Außerdem müsse die deutsche Exportwirtschaft aufgrund der Wachstumsschwäche in der EU neue Märkte erschließen. 2011 gingen 11,4 Prozent der Ausfuhren in die BRIC-Länder Brasilien, Russland, Indien und China. 1996 waren es erst 4,3 Prozent.

»Der Blick über die BRIC-Staaten hinaus gewinnt für die Unternehmen zunehmend an Bedeutung.«

## Weltwirtschaft und deutsche Exporte

### Weltwirtschaft und Welthandel kühlen sich ab

In den letzten Monaten hat sich die Weltwirtschaft weiter abgekühlt, darüber kann auch die positive Entwicklung der Aktienmärkte in den letzten Wochen nicht hinwegtäuschen. Tatsache ist, dass die ungelöste Staatsschulden- und Bankenkrise Europa inzwischen an den Rand einer Rezession geführt hat. Auch in den USA hat das Wachstum deutlich nachgelassen. Wegen des laufenden Präsidentschaftswahlkampfes ist mit

nachhaltigen Maßnahmen zur Reduzierung der Staatsverschuldung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – wenn überhaupt – erst nach den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr zu rechnen. Auch in den Schwellenländern, in Asien und Lateinamerika nahm die Wachstumsdynamik in Folge der krisenbedingten Nachfrageschwäche in Europa ab.

## Weltweite Entwicklung

Nachdem die **Weltwirtschaft** im 1. Quartal 2012 auch aufgrund zeitlich begrenzter Faktoren, wie der Lockerung der Finanzierungsbedingungen durch die Europäische Zentralbank, noch gewachsen ist, hat sich das wirtschaftliche Umfeld im 2. Quartal wieder eingetrübt. Der IWF hat seine Prognose für 2012 leicht gesenkt und rechnet aktuell mit einem Wachstum der Weltwirtschaft in Höhe von 3,5 Prozent. **Der Welthandel** hat im 1. Quartal des Jahres mit 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal noch vergleichsweise stark zugelegt. Treiber waren dabei die Schwellenländer (+2,5 Prozent), während die Industrieländer die Ausfuhren nur geringfügig steigern konnten (+0,5 Prozent). Im 2. Quartal ist der Welthandel nur noch um 0,3 Prozent gewachsen. Auf Jahressicht ist eine weiter nachlassende Dynamik zu erwarten. Der RWI/ISL-Containerumschlags-Index, einem Frühindikator für den Welthandel, ist bereits seit März 2012 rückläufig. Auch für den Welthandel hat der IWF seine Prognose für 2012 reduziert und rechnet auf Jahressicht aktuell mit einem Wachstum von 3,8 Prozent (April-Prognose: 4,1 Prozent).

## Entwicklungen in den Regionen

**Europa** ist weiterhin auf dem mühseligen und langwierigen Weg aus der Staatsschulden- und Bankenkrise. Die Regierungen erkennen zunehmend, dass nur über eine Konsolidierung der Haushalte das Vertrauen zurückgewonnen und nachhaltiges Wachstum stimuliert werden kann. Dieser Weg scheint inzwischen auch von den Finanzmärkten akzeptiert zu werden, sie haben sich in den letzten Wochen etwas beruhigt und gehen aktuell nicht mehr von einem Auseinanderbrechen der Eurozone aus. Der Weg aus der Krise ist lang, noch im 1. Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung in der Eurozone, im 2. Quartal ging sie im Vorquartalsvergleich sogar um 0,2 Prozent zurück. Die verhältnismäßig gute Wirtschaftsleistung Deutschlands (0,5 Prozent Wachstum im ersten und 0,3 Prozent im zweiten Quartal) und die unveränderte Lage in Frankreich konnten einen größeren Wachstumseinbruch im Euroraum verhindern. Der IWF rechnet dennoch für das Gesamtjahr mit einem Rückgang des BIP der Eurozone um -0,3 Prozent, für die EU insgesamt mit einer Stagnation.

In den **USA** konnte die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal nur noch um 1,5 Prozent zulegen (1. Quartal: 2,0 Prozent). Grund ist vor allem der schwache Konsum, der rund 70 Prozent des US-BIP ausmacht. Die Arbeitslosigkeit verbleibt mit 8,3 Prozent (Juli) auf hohem Niveau, das Außenhandelsdefizit (42,9 Mrd. US-\$ im Juni) belastet nach wie vor die Wirtschaftsentwicklung. Der ISM-Einkaufsmanagerindex, der u. a. Auftragseingang, Produktion und Beschäftigung erfasst, bestätigt den aktuellen Trend. Vor diesem Hintergrund hat die Federal Reserve bereits signalisiert, ihre expansive Geldpolitik in den nächsten Monaten fortzusetzen. Der IWF hat seine Prognose für das US-Wirtschaftswachstum in 2012 leicht auf 2,0 Prozent gesenkt.

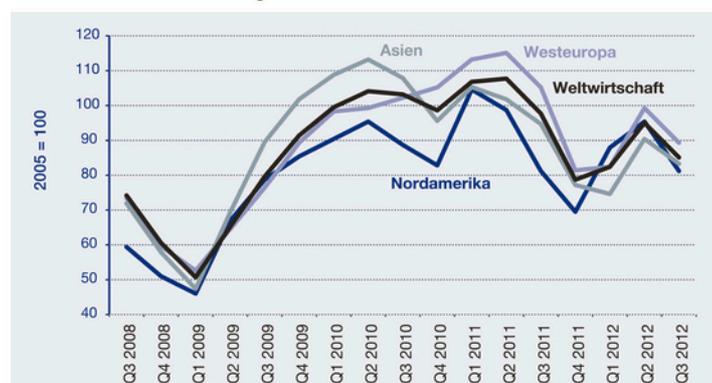
In **Asien** machen sich zunehmend die Auswirkungen der Finanzkrise in Europa bemerkbar, der IWF hat seine Prognose für die Entwicklung des BIP der gesamten Region im Juli um -0,3

Prozentpunkte auf 7,1 Prozent zurückgenommen. In **China** ist die Wirtschaft im 2. Quartal um nur noch 7,6 Prozent im Vorjahresvergleich gewachsen (1. Quartal: 8,1 Prozent), auch die Exporte leiden unter der Dauerkrise in Europa. Deshalb will die chinesische Regierung das Wachstum wieder ankurbeln, u. a. durch die Senkung wichtiger Zinssätze und eine weitere Liberalisierung bei der Kreditvergabe von Geschäftsbanken. Außerdem hat die chinesische Regierung beschlossen, noch in diesem Jahr fast 60 Mrd. Euro in den Ausbau von Infrastruktur zu investieren. Für das Gesamtjahr rechnet der IWF mit einem Wachstum von 8,0 Prozent und hat damit seine Prognose von April um 0,2 Prozentpunkte gesenkt.

Auch in **Indien** hat sich die Wirtschaft zuletzt deutlich abgekühlt. Ursache der schwachen Konjunktur ist vor allem die schwächelnde Industrieproduktion. Die landesweiten Stromausfälle von Anfang August beeinträchtigten die Produktion, sind aber nur ein Symptom für die Schwäche der indischen Infrastruktur. Betrachter stellen zunehmend die Frage nach Reformwillen und -fähigkeit der indischen Regierung, die nach internen Querelen, Korruptionsvorwürfen und Wahlniederlagen deutlich geschwächt ist. Der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum wird durch eine angespannte Haushaltslage zusätzlich eingeschränkt. Der IWF hat seine Wachstumsprognose für das Jahr 2012 im Juli um 0,7 Prozentpunkte auf jetzt 6,1 Prozent reduziert.

In **Japan** sind die Produktionszahlen in den letzten Monaten wieder gesunken, das Exportwachstum hat nachgelassen. Allerdings ist die Binnennachfrage aufgrund von Nachholeffekten nach den Naturkatastrophen und den Überschwemmungen in Thailand nach wie vor robust, die japanische Zentralbank hat Anfang August auf eine weitere geldpolitische Lockerung verzichtet. In den nächsten Monaten kann wieder mit einem stärkeren Wachstum gerechnet werden, die japanische Konjunktur gewinnt an Dynamik und die Industrieunternehmen erwarten laut einer Umfrage der japanischen Zentralbank eine Verbesserung ihrer Geschäftslage. Der IWF hat seine Wachstumsprognose für 2012 um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 2,4 Prozent erhöht.

### ifo Wirtschaftsklima: Abkühlung in allen Weltregionen Weltwirtschaft und Regionen



Quelle: ifo-Institut/ICG

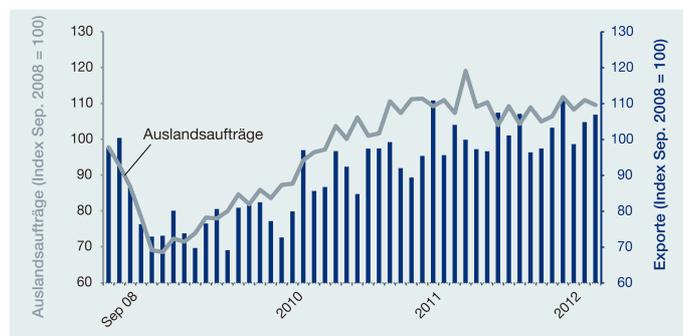
## Deutscher Außenhandel wächst in schwierigem Umfeld

### Deutsche Exporte trotzen der schwachen Weltwirtschaft

Auch bei den deutschen Exporten hat die Wachstumsdynamik im Verlauf des 1. Halbjahrs nachgelassen, nach +2,6 Prozent im 1. Quartal sind die Exporte im 2. Quartal sogar leicht um -0,6 Prozent zurückgegangen. Auf Jahressicht lagen die deutschen Ausfuhren im 1. Halbjahr jedoch deutlich über dem Vorjahreswert (+4,8 Prozent). Dies bestätigt, dass die Nachfrage nach deutschen Produkten weiterhin hoch ist, aber trotzdem die aktuelle Eintrübung auf den Weltmärkten auch an der deutschen Exportwirtschaft nicht spurlos vorübergeht. Besonders stark zugenommen haben die Ausfuhren in die Länder außerhalb Europas, sie lagen um 15,3 Prozent über dem 1. Halbjahr 2011. Dagegen haben die Ausfuhren in die Europäische Union nur schwach zugelegt (0,7 Prozent). Im Vergleich zu den Exporten sind die Importe im 1. Halbjahr schwächer gewachsen (+0,4 Prozent), der deutsche Handelsbilanzüberschuss lag mit 6,9 Prozent des BIP höher als im Vorjahreszeitraum (6,1 Prozent). Voraussichtlich wird damit der Außenhandel in 2012 – anders als zunächst angenommen – einen positiven Beitrag zum BIP leisten.

### Deutsche Exporte und Auslandsaufträge über Vorkrisenniveau

Niveau im Vergleich zum September 2008 (100)



Quelle: Statistisches Bundesamt  
(Auslandsaufträge: arbeitstäglich- und saisonbereinigt)



polster in den nächsten Monaten voraussichtlich weiter abgebaut wird. Die wichtigsten Indizes für die Weltwirtschaft (OECD, ICC/ifo, Bundesbank) zeigen nach unten und deuten eine weitere Abkühlung des weltweiten Wachstums an.

### Infobox

|   | 2011    | 2012<br>(Prognose) | 2013<br>(Prognose) |         |
|---|---------|--------------------|--------------------|---------|
| <b>Wirtschaftswachstum</b><br>(Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent,<br>Quelle: Internationaler Währungsfonds)                 |         |                    |                    |         |
| Weltwirtschaft  | 3,9     | 3,5                | 3,9                |         |
| Industrieländer   | 1,6     | 1,4                | 1,9                |         |
| Entwicklungs- und Schwellenländer   | 6,2     | 5,6                | 5,9                |         |
| USA   | 1,7     | 2,0                | 2,3                |         |
| Europäische Union   | 1,6     | 0,0                | 1,0                |         |
| Euroraum  | 1,4     | -0,3               | 0,9                |         |
| Deutschland   | 3,1     | 1,0                | 1,4                |         |
| Brasilien   | 2,7     | 2,5                | 4,6                |         |
| Russland  | 4,3     | 4,0                | 3,9                |         |
| Indien  | 7,1     | 6,1                | 6,5                |         |
| China   | 9,2     | 8,0                | 8,5                |         |
| <b>Welthandel</b><br>(Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent,<br>Quelle: Internationaler Währungsfonds)                          |         |                    |                    |         |
| Welthandel  | 5,9     | 3,8                | 5,1                |         |
| <b>Deutsche Exporte</b><br>(Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent,<br>Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)                     |         |                    |                    |         |
| Deutsche Exporte  | 12,3    | min.<br>3,0        | min.<br>3,0        |         |
| <b>Deutsche Importe</b><br>(Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent,<br>Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)                     |         |                    |                    |         |
| Deutsche Importe  | 13,1    | Mind.<br>3,0       | Mind.<br>3,0       |         |
|   | Q3 2011 | Q4 2011            | Q1 2012            | Q2 2012 |
| <b>Welthandel</b><br>(Veränderung zum Vorquartal in Prozent,<br>CPB World Trade Monitor)  |         |                    |                    |         |
| Welthandel  | 1,4     | 0,5                | 0,8                | 0,3     |
| <b>Deutsche Exporte</b><br>(Veränderung zum Vorquartal in Prozent,<br>Quelle: Statistisches Bundesamt)                              |         |                    |                    |         |
| Deutsche Exporte  | 0,6     | 1,1                | 2,6                | -0,6    |
| <b>Deutsche Importe</b><br>(Veränderung zum Vorquartal in Prozent,<br>Quelle: Statistisches Bundesamt)                              |         |                    |                    |         |
| Deutsche Importe  | 0,1     | 1,0                | 0,7                | -1,7    |
| <b>Auftragsseingang der deutschen Industrie aus dem Ausland</b><br>(Index Sep. 2008 = 100,<br>Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI) |         |                    |                    |         |
| Auftragsseingang  | 110,6   | 110,3              | 110,6              | 112,5   |



### Auftragslage noch gut, Frühindikatoren weisen abwärts

Die Aufträge der deutschen Industrie aus dem Ausland haben zwar im bisherigen Jahresverlauf im Trend zugelegt, lagen allerdings im 2. Quartal 2012 um 3,1 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Auch die Frühindikatoren für die Weltwirtschaft weisen darauf hin, dass die Exportwirtschaft ihr Auftrags-

## Fazit und Prognose: Exporte wachsen, Herausforderungen nehmen zu

Im 1. Halbjahr hat sich die deutsche Exportwirtschaft trotz der schwächelnden Weltkonjunktur gut gehalten. Allerdings können sich verschiedene Herausforderungen im 2. Halbjahr zunehmend als Belastung für die deutschen Exporte herausstellen:

### 1. Staatsschulden- und Bankenkrise im Euroraum

Im September stehen wichtige Entscheidungen über die Zukunft des Euro und die Bewältigung der europäischen Staatsschulden- und Bankenkrise an. Anfang September beginnt die »Troika« in Griechenland mit der Überprüfung der Sparanstrengungen. Von ihrem Abschlussbericht, der voraussichtlich erst im Oktober vorliegen wird, ist die Auszahlung weiterer Gelder abhängig. Ohne diese Hilfen scheint eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands unvermeidlich. Am 6. September findet die nächste Sitzung des EZB-Rates statt, auf der über die Modalitäten künftiger Staatsanleihenkäufe entschieden wird. Am 11. September will die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht vorstellen. Am 12. September verkündet das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Rettungsschirms ESM und des europäischen Fiskalpakts. Entscheidend für künftiges Wachstum ist, dass das Vertrauen in die Eurozone durch die Umsetzung notwendiger Strukturreformen und weitere Haushaltskonsolidierung zurückgewonnen wird.

### 2. Protektionismus

Die weitere Zunahme des weltweiten Protektionismus wird immer mehr zur Bedrohung für die deutsche Exportindustrie, inzwischen sind 4 Prozent des Handels zwischen den G20-Staaten betroffen. Der BDI setzt sich dafür ein, dass die G20-Mitglieder künftig über das Monitoring der weltweiten Handelsbarrieren hinaus konkrete Verpflichtungen zur Reduzierung protektio-

nistischer Maßnahmen (»stand still and roll back«) eingehen. Um protektionistische Maßnahmen unterhalb der »WTO-Radar-schwelle« sanktionieren zu können, muss das WTO-Regelwerk verschärft werden. Gleichzeitig muss die EU unter dem Gesichtspunkt von Reziprozität selbst darauf achten, dass ihre eigenen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt oder zur Umsetzung ihrer CSR-Politik keine protektionistischen Tendenzen befeuern. Dies wäre ein verheerendes Signal einer der größten Handelsblöcke der Welt und könnte letztlich auch zu handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen wichtiger Handelspartner führen. Der BDI verfolgt diese Entwicklungen auf europäischer Ebene äußerst kritisch und setzt sich bei Themen wie der Reform des »handelspolitischen Schutzinstrumentariums« oder der Einführung eines »Marktzugangsinstrumentes« im Öffentlichen Auftragswesen gegen Überlegungen ein, die den Handel mit der EU zusätzlich belasten.

### 3. Wachstumspotenziale jenseits der BRIC-Länder

Die Dynamik bei den deutschen Exporten bestätigt erneut, dass die Erschließung der wirtschaftlichen Potenziale in Ländern jenseits der BRIC-Staaten weiter an Bedeutung gewinnt. Die Studie von BDI und prognos »Wachstumsmärkte für die deutsche Industrie – eine Auswahl jenseits der BRICS« zeigt Wachstumspotenziale, Herausforderungen und die Bedeutung einzelner Länder für die exportorientierten deutschen Industriebranchen auf. Interessenten können ab sofort auf die Studie zugreifen.

Der BDI rechnet nach einer aktuellen Umfrage bei den exportorientierten Industriebranchen und eigener Einschätzungen in 2012 mit einem Exportwachstum von mindestens 3 Prozent. Voraussetzung ist, dass sich die Finanzmärkte weiter beruhigen und sich das weltweite Wachstum nicht weiter abkühlt.

## Entwicklungen in den Branchen

### Automobilindustrie: Exporte stabil

Die deutschen Pkw-Hersteller hielten ihre Exporte in den ersten sieben Monaten mit 2,5 Millionen Fahrzeugen auf dem hohen Vorjahreslevel. Da sich der Wertschöpfungsanteil bei einigen Modellen und damit die statistische Zurechnung zu den Exporten in diesem Jahr geändert hat, wurde der Vorjahreswert entsprechend angepasst. Die Schuldenkrise hat sich auf die Automobilexporte bisher hauptsächlich durch Verschiebungen in der Struktur der Zielländer ausgewirkt. In die Eurozone werden inzwischen nur noch 29 Prozent der Pkw exportiert, in das restliche Europa gehen 32 Prozent, nach außerhalb Europa 39 Prozent. Damit profitieren die deutschen Hersteller verstärkt von

den Wachstumsmärkten in Übersee. Die Exporte in die USA stiegen um 12 Prozent, nach China konnten bereinigt sogar 29 Prozent mehr Fahrzeuge ausgeführt werden. Hier bewährt sich einmal mehr die Zwei-Säulen-Strategie der deutschen Konzerne, die neben der ausgeprägten Exportausrichtung auf eine verstärkte Vor-Ort-Fertigung setzt. Im Bereich der Nutzfahrzeuge haben sich die Exporte nach dem erfolgreichen Vorjahr (+27 Prozent) stabilisiert. Im ersten Halbjahr gingen die Ausfuhren leicht um 3 Prozent zurück, damit bewegen sie sich jedoch immer noch über dem Mittelwert der letzten zehn Jahre.

## Elektroexporte weiterhin mit leichtem Wachstum



Turbinenhalle. Foto: BDI/adpic

Zwischen Januar und Mai dieses Jahres summierten sich die Exporte der deutschen Elektroindustrie auf insgesamt 65 Mrd. Euro und übertrafen ihren Vorjahresstand um mehr als zweiein-

halb Prozent. Im Zeitraum von Januar bis Mai 2012 haben die Exporte in die USA (plus sieben Prozent gegenüber Vorjahr) und nach Japan (plus 18 Prozent) weiter kräftig zugelegt. Die Ausfuhren nach China gingen dagegen um 6 Prozent zurück. Zwar sind die deutschen Elektroexporte nach Europa in den ersten fünf Monaten d.J. leicht um ein Prozent auf 41 Mrd. Euro gestiegen. Allerdings war das Ausfuhrgeschäft mit den übrigen 16 Euro-Ländern rückläufig. Hierhin fielen die Exporte um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 21 Mrd. Euro. Vor allem die Ausfuhren in die Krisenländer Italien, Spanien und Portugal nahmen von Januar bis Mai deutlich um neun Prozent ab. Dagegen legten die Elektroexporte etwa nach Bulgarien (plus 64 Prozent), Lettland (plus 17 Prozent), Dänemark (plus 13 Prozent) oder Belgien (plus elf Prozent) sehr dynamisch zu. Die Exporterwartungen der Unternehmen der deutschen Elektroindustrie sind im Juni 2012 zwar etwas zurückgegangen. Mit einem Saldo (aus positiven und negativen Meldungen) von plus acht Prozent befinden sie sich aber weiterhin im expansiven Bereich.

Insgesamt bleibt die Entwicklung der deutschen Elektroexporte insbesondere aufgrund der europäischen Schuldenkrise allerdings von wachsenden Unsicherheiten geprägt.

## Chemisch-pharmazeutische Industrie kann Auslandsgeschäft ausweiten

Die chemisch-pharmazeutische Industrie konnte im bisherigen Jahresverlauf ihr Auslandsgeschäft mit einem Plus von 3,3 Prozent gegenüber 2011 ausweiten. In April und Mai verzeichnete die Chemiebranche jedoch nur noch ein Wachstum von 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für Chemikalien »Made in Germany« ist Europa mit einem Anteil von 73 Prozent der wichtigste Auslandsmarkt. Hier machte sich die verschlechterte konjunkturelle Lage bemerkbar: Der Export in die alten EU-Staaten war rückläufig, die Exportnachfrage der osteuropäischen Staaten stagnierte. Überdurchschnittlich steigen konnten dagegen die Exporte nach Lateinamerika (+24,6 Prozent) und in die USA (+33,5 Prozent). Auch Exporte nach Asien nahmen leicht zu. In den nächsten Monaten ist nur von einem moderaten Exportwachstum auszugehen. Wachstumsimpulse aus dem innereuropäischen Handel sind nicht zu erwarten und vor dem Hintergrund der schwachen Weltkonjunktur wird das Exportwachstum in den außereuropäischen Märkten den Rückgang in Europa nicht vollständig kompensieren können.



Reagenzgläser. Foto: BDI/Fotolia

## Maschinenbau zeigt nur noch schwaches Wachstum

Die deutschen Maschinenexporte wuchsen im 2. Quartal um 5,1 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum und nach Abzug der Preissteigerung mit 2,8 Prozent real. Die Exporte in die EU-27-Partnerländer zeigten mit plus 3,4 Prozent nur ein sehr dezentes Wachstum, in die EURO-17-Länder wurde mit minus 0,2 Prozent gar das Vorjahresergebnis verfehlt. Von den großen Auslandsmärkten verzeichnete gerade noch der NAFTA-Raum mit plus 27,3 Prozent ein kräftiges Wachstum. Auch die OPEC-Staaten mit insgesamt plus 16,5,

die ASEAN-Länder mit plus 15,2 sowie Russland mit plus 7,7 liegen im positiven Bereich. Abwärts ging es hingegen im MERCOSUR mit minus 7,3 Prozent und in China mit minus 6,9 Prozent. Nachdem der Auftragsbestand schon seit Ende letzten Jahres unter den entsprechenden Vorjahreswerten liegt, rechnet die Branche zunächst mit weiter rückläufigen Wachstumsraten. Für das dritte Quartal ist im Vorjahresvergleich ein leichter Rückgang nicht auszuschließen, Grund dafür ist auch das starke Vorjahrsquartal.

## Ernährungsexporte zeigen sich robust

Die Ernährungsindustrie erzielte zwischen Januar und Mai 2012 einen Umsatz von 19,5 Mrd. Euro im Exportgeschäft, damit stiegen die Lebensmittelexporte im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent. Die Ausfuhrpreissteigerung fiel mit plus 3,1 Prozent moderat aus, preisbereinigt verblieb ein Exportwachstum von 0,5 Prozent. Gehemmt wird die Exportdynamik durch die derzeit schwache Konjunktur und Konsumlaune im EU-Binnenmarkt, dem wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Lebensmittelexporte. Zwischen Januar und Mai 2012 konsolidierte sich das europäische Exportgeschäft bei einer gemäßigten Zuwachsrate von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Lebensmittelexporteure setzen daher zunehmend auf die Ausweitung des Exportanteils in Drittländern, hier wurde in den ersten fünf Monaten 2012 ein beachtliches Exportwachstum von 16,8 Prozent im Vorjahresvergleich erzielt. Bei der Markterschließung stellen jedoch nicht-tarifäre und regulatorische Handelshemmnisse eine große Herausforderung dar, weitere Handelsliberalisierungen sind für das Exportwachstum daher unerlässlich. Laut Ifo-Geschäftsklimaindex bleiben die Erwartungen der Lebensmittelhersteller

durchweg positiv, die Wettbewerbssituation im Ausland schätzten sie im Juli so gut ein wie zuletzt vor einem Jahr.



Gemüse. Foto: BDI/Fotolia/Juergen Faelchle

## Nichteisen-Metallindustrie: Auslandsumsatz vorerst stabil



Recycling Rohstoffe. Foto: BDI/Fotolia/shadow

Im ersten Quartal 2012 wurden 44 Prozent des Umsatzes der deutschen Nichteisen-Metallindustrie im Export erwirtschaftet, gegenüber dem entsprechend starken Vorjahresquartal ging der Auslandsumsatz damit leicht um 1 Prozent auf 6,0 Milliarden Euro zurück. Der Auslandsumsatz der Aluminiumindustrie sank um 3 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro, die Ausfuhren der Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel) blieben im selben Zeitraum mit 2,5 Milliarden Euro stabil. Die Nichteisen-Metallgießereien lieferten im ersten Quartal 2012 mit 0,4 Milliarden Euro 1 Prozent mehr ins Ausland. Die Umsatzentwicklung wurde maßgeblich von den volatilen Börsennotierungen der Nichteisen-Metalle getrieben. So wie die Preise im Vorjahr die Wachstumsraten beim Auslandsumsatz vergrößert haben, wirkten sie sich im ersten Quartal 2012 eher dämpfend aus. Die Nachfrage aus den südlichen Euroländern, aber auch aus China, blieb im ersten Quartal 2012 hinter den Erwartungen zurück.

## Regionalschwerpunkt: Türkei

### Musterschüler mit rasantem Wirtschaftswachstum

Anders als die Länder der Europäischen Union ist die türkische Wirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs. Im letzten Jahr war die Türkei die am stärksten wachsende Volkswirtschaft der Welt. Sie ist inzwischen die siebtgrößte Volkswirtschaft Europas und nimmt weltweit Platz 15 ein. Das BIP hat sich innerhalb von zehn Jahren auf 772 Mrd. Dollar in 2011 mehr als verdreifacht. OECD-Prognosen zufolge wird die Türkei mit einem durchschnittlichen realen BIP-Wachstum von 6,7 Prozent im Zeitraum 2011–2017 die wachstumsstärkste Volkswirtschaft unter den

OECD-Staaten sein. Außerdem verzeichnet die Türkei mit 42 Prozent des BIP eine der niedrigsten Staatsverschuldungen in Europa. Die Potentiale der Türkei sind enorm, es gibt aber auch Risiken.

### Abbau der Staatsverschuldung ist Vorbild für EU-Staaten

Während der türkischen Finanzkrise brach im Jahr 2001 das BIP um sechs Prozent ein. Das Haushaltsdefizit lag in dem Jahr bei 17 Prozent des BIP und der öffentliche Schuldenstand bei rund 80 Prozent des BIP. Doch bereits 2002 expandierte die

Wirtschaft dank der IMF-Unterstützung wieder. Klare öffentliche Budgetgrenzen und Reformen führten zu einem Strukturwandel und ließen der Privatwirtschaft den nötigen Platz zur Entfaltung. Nur sechs Jahre später konnte Ankara den letzten Dollar an Washington zurückzahlen. Die türkische Bevölkerung honoriert die wirtschaftliche Entwicklung: Der seit 2002 amtierende Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan wurde mit seiner »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung« (AKP) zuletzt im Juni 2011 zum zweiten Mal mit 49,9 Prozent im Amt bestätigt. Er verfehlte jedoch die angestrebte Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, die zur Ausarbeitung einer EU-nahen Verfassung im Alleingang erforderlich gewesen wäre.

Doch auch die türkische Wirtschaft ist nicht immun gegen die Finanzkrise und spürt jetzt die negativen Folgen des schnellen Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre. Knapp die Hälfte der türkischen Exporte gehen in die EU. Mehr als drei Viertel der Touristen sind Europäer. Eine große Herausforderung ist das Leistungsbilanzdefizit von 10 Prozent des BIP, 2011 hatte die Türkei das größte Defizit aller G20-Staaten. Deshalb ist das Land auf den Zufluss ausländischen Kapitals angewiesen. Weiter sind die niedrige Sparquote, das starke wirtschaftliche Gefälle zwischen dem Westen der Türkei und Ostanatolien und die hohe Jugendarbeitslosigkeit problematisch.

## Wachsende Bedeutung

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei. Die deutschen Exporte stiegen 2011 um rund 24 Prozent auf 20,1 Milliarden Euro. Damit exportiert Deutschland mehr Waren in die Türkei als nach Japan. Deutschland ist aber auch der bedeutendste Abnehmer türkischer Waren, die im vergangenen Jahr mehr als 11 Milliarden Euro erreichten, ein Zuwachs von fast 18 Prozent. Damit haben sich die deutschen Einfuhren aus der Türkei in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Aktuell sind mehr als 4 800 deutsche Unternehmen bzw. türkische Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei aktiv. Auch in der EU ist Deutschland bei den Beziehungen mit der Türkei eindeutiger Spitzenreiter. Der bilaterale Handel mit Deutschland macht ein Viertel des Warenaustausches der Türkei mit der EU27 aus.

Auch China ist für die Türkei ein wichtiger Handelspartner. Während China 2011 jedoch Waren für 25 Mrd. Dollar in die Türkei verkaufte, flossen umgekehrt nur 622 Mio. Dollar. Die beiden Länder haben während der ersten China-Reise des Ministerpräsidenten Erdoğan im April 2012 vereinbart, das Handelsvolumen 2015 und 2020 jeweils zu verdoppeln.

Die Türkei ist in den letzten Jahren wieder zu einer regionalen Großmacht herangewachsen. Mit fast 75 Millionen Einwohnern ist sie das zweitgrößte Land Europas. Bei der Vertretung seiner Interessen nimmt das Land zunehmend auch Konflikte mit dem Iran, Israel und Zypern in Kauf. Die neue »neo-osmanische« Außenpolitik bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine Aufgabe der traditionellen Westbindung, obwohl der EU-Beitritt nicht mehr an vorderer Stelle der außenpolitischen und -wirtschaftlichen Prioritätenliste steht.

## Investieren im türkischen Markt

Die Türkei wird zunehmend attraktiver als Investitionsstandort, denn für deutsche Unternehmen ergeben sich durch die Privatisierung von Staatsbetrieben viele Chancen. Das Land bietet einen Arbeitsmarkt mit 75 Mio. Menschen, die im Durchschnitt jünger als dreißig Jahre sind. 500 Tausend Türken erwerben jährlich ihren ersten Studienabschluss, in Deutschland sind es 400 Tausend. Auch die geografische Lage des Landes birgt großes Potenzial für Geschäftsentwicklungen in Nordafrika, Asien und dem Nahen Osten. Der Arabische Frühling hatte zunächst Hoffnungen geweckt, dass die traditionellen Handelsbeziehungen vertieft werden könnten. Allerdings wird nicht nur aufgrund der aktuellen Konflikte mit dem benachbarten Syrien deutlich, dass noch keine politische Stabilisierung, die Handelsvoraussetzung wäre, in Sicht ist. Dies gilt auch für Iran und Irak.

Rechtlich findet keine Diskriminierung von mit ausländischem Kapital gegründeten Firmen statt. Deutsche Investitionen werden durch ein bilaterales Investitionsschutzabkommen geschützt. Seit Juli 2012 gilt ein neues Handelsgesetzbuch, das eng an das deutsche HGB angelehnt ist. Diskutiert wird die Einführung eines Schuldrechts, das den EU-Vorgaben entspricht. Lohnkostenvorteile und längere Arbeitszeiten sind weitere Argumente für den Investitionsstandort, auch wenn diese Vorteile mittelfristig an Bedeutung verlieren werden. Umgekehrt klagen türkische Unternehmer über die schleppende Visa-Vergabe für Geschäftsreisen nach Deutschland. Derzeit befasst sich die Europäische Kommission mit einem Aktionsplan zur Visa-Liberalisierung.

## Energiewirtschaft ist Schlüsselsektor

Großes Potenzial zeigt der Energiesektor: Hier sind bis 2020 Investitionen von über 100 Mrd. Euro notwendig, um den jährlich steigenden Energiebedarf (8,4 Prozent) zu decken. Vor allem sind in den Bereichen Strom und Erdgas hohe Infrastrukturinvestitionen notwendig, um Engpässe in der Versorgung zu vermeiden und das hohe wirtschaftliche Wachstum zu unterstützen. Um diese Investitionen anzuziehen, muss das Land auch weiterhin seinen Energiemarkt reformieren.

Neben den Infrastrukturinvestitionen stellt die Verbesserung der Energieeffizienz eine energiepolitische Herausforderung dar. Hier gibt es ein erhebliches Potenzial in vielen Bereichen. So haben sich durch die hohen Wachstumsraten und der damit verbundenen Zunahme z.B. des Verkehrsvolumens sowie dem Neubau von Gebäuden die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 mehr als verdoppelt und werden voraussichtlich auch parallel mit der Energienachfrage rasant mittel- und langfristig zunehmen. In diesem Zusammenhang fordert u.a. die Internationale Energieagentur die Türkei auf, Bemühungen um die Weiterentwicklung ihrer Vorgehensweise zur Bekämpfung des Klimawandels sowie quantitativer Gesamtziele für die Begrenzung der Emissionen zu intensivieren. Zur Unterstützung dieser Herausforderungen hat das Bundeswirtschaftsministerium eine Energieinitiative gestartet und plant im vierten Quartal in Ankara ein deutsch-türkisches Energieforum.

Regierungsplänen zufolge soll der Bereich der erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden und bis 2023 einen Anteil von 30 Prozent an der Gesamterzeugung erreichen. Die Türkei strebt deshalb einen massiven Zuwachs der Photovoltaiknennleistung von derzeit rund 6 MW auf 600 MW im Jahr 2015 an. Seit Anfang 2011 erhalten Anlagenbetreiber einen festen Einspeisetarif von 13,3 US-Cent pro kWh. Dieser kann um bis zu 6,7 US-Cent pro kWh steigen, wenn ein bestimmter Anteil der Anlagen aus türkischer Produktion stammt (Stichwort: local content). Darüber hinaus garantiert der Staat die Abnahme regenerativ erzeugter Energie. Hieraus entstehen große Chancen für ausländische Unternehmen, um vom Wachstum der Türkei zu profitieren.

## Türkei spielt wichtige Rolle beim Thema der Energiesicherheit der EU

Auch im Hinblick auf die europäische Energieversorgung gewinnt die Türkei zunehmend an Bedeutung. Zwar verfügt die Türkei selbst über keine eigenen Erdöl- oder Erdgasreserven, allerdings ist sie als Transitland im internationalen Energiewettbewerb besonders für Europa strategisch sehr wichtig. Um die Energieabhängigkeit der EU von Russland, Norwegen und Sau-

di-Arabien zu vermindern, sind bereits mehrere Pipeline-Projekte in Planung, die alternative Zufuhrwege und eine Diversifizierung der Energieträger schaffen sollen. Die Türkei hat sich in mehreren Projekten als wichtiger Akteur etabliert. Im Rahmen des Deutsch-Türkischen CEO-Forums im letzten Herbst in Berlin (organisiert vom BDI und seinem türkischen Partnerverband TÜSIAD) hatte EU-Energiekommissar Günther Oettinger in einer Grundsatzrede auf die Bedeutung der Türkei als strategischen Partner hingewiesen und verdeutlicht, dass ein intensiver Dialog auch aus der Wirtschaft heraus sehr begrüßt wird.

Ansprechpartner im BDI:

**Daniel Sahl**, [d.sahl@bdi.eu](mailto:d.sahl@bdi.eu), 030-2028-1505

---

## Interview mit Herrn Dr. Arend Oetker zum Thema Türkei

---



Dr. Arend Oetker. Foto: Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG

### Wie war Ihre erste Begegnung mit der Türkei?

»Zum einen erinnere ich mich, dass ich damals in der ersten Amtszeit des damaligen BDI-Präsidenten, Tyll Necker, beauftragt wurde, eine Delegation zusammenzustellen, um in die Türkei zu fahren. Das muss etwa 1988 gewesen sein. Zu dieser Zeit waren die Anfangsbedingungen noch sehr schwierig. Es gab keine Kammervertretung und auch keine guten oder stabilen Handelsbeziehungen, auch atmosphärisch waren es für uns anfangs schwierige Gespräche. Zum anderen erinnere ich mich an meine Begegnungen durch den landwirtschaftlichen Betrieb meines Vaters, zu dem auch eine Schafzucht gehörte. Wolle ließ sich in den späten 1950er Jahren noch überall verkaufen,

die Abnehmer für Lämmer waren aber überwiegend türkische Metzger. Die Besuche dieser Metzger waren meine ersten Berührungspunkte zu Türken in Deutschland. In den späteren Jahren traf ich zahlreiche Mitarbeiter in unseren Werken, die aus der Zentraltürkei nach Deutschland gekommen waren oder Mitarbeiter in dem Werk meiner Fabrik in der Nähe von Ankara, in der Babynahrung produziert wird. Ich bin schon seit über dreizehn Jahren unternehmerisch in der Türkei aktiv. Mich begeistert stets die große Leistungsbereitschaft und der starke Fortschrittswille, aber auch die große Offenheit der Menschen.«

**Die Türkei liegt im Zentrum eines wachsenden, länderübergreifenden Marktes. Eine Wirtschaftsnation wie Deutschland kann gar nicht umhin, diese Chance zu ergreifen und in der Türkei unternehmerisch tätig zu werden. Welches Potenzial sehen Sie für deutsche Unternehmen?**

»Ja, das ist richtig und gilt im zunehmenden Maße. Deshalb haben wir als BDI auch im Oktober 2011 mit deutschen und türkischen Unternehmensvertretern in einem CEO-Forum erstmalig in einem Exekutiv-Format gemeinsam über verschiedene Potenziale diskutiert und werden das auch fortsetzen. In einem Land, das starkes Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum aufweist, muss vor allem der Bereich Infrastrukturausbau im Mittelpunkt stehen. Ich denke da besonders an die Energieerzeugung und -versorgung, Wasser- und Abwassernetze oder die Entsorgungswirtschaft. Weiter ist auch der Bereich der Verkehrsinfrastruktur zu nennen. Das Land benötigt z.B. neue Straßen- und Schienennetze. Darüber hinaus bietet die Türkei große Potenziale für die Produktion. Meine andere geschäftliche Bindung an die Türkei ist ein Joint Venture mit Ülker, dem größten Lebensmittelkonzern der Türkei. Wir betreiben in Ankara eine gemeinsame Fabrik für Babynahrung. Zusätzlich wird

sicherlich der Bereich Tourismus in Zukunft weiter ausgebaut werden. Nach meinen bisherigen Erfahrungen und aufgrund ihres langfristigen Horizonts, empfehlen sich Familienunternehmer als langfristige Partner.«

**Die Türkei ist für die deutsche Wirtschaft also ein Wachstumsmarkt mit starkem strategischem Potenzial. Könnte die europäische Wirtschaft denn von einem EU-Beitritt der Türkei profitieren?**

»Eins sollte uns in Deutschland und der EU klar sein. Das Potenzial der Türkei, wirtschaftlich, politisch und strategisch, ist offensichtlich. Die Türkei sichert seit Jahrzehnten den Frieden in der Region, seit 1952 eingebettet in die NATO, aber auch allein. Neben dieser wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Position spielt die Türkei in der wirtschaftlichen Partizipation im europäischen Wirtschaftsraum bereits seit langem eine wichtige Rolle.«

**Wie wird das deutlich? Sie meinen bestimmt die Handelsbeziehungen mit der EU?**

»Ja, bereits heute verkauft die Türkei fast 50 Prozent seiner Waren in die EU, 40 Prozent der türkischen Importe kommen aus der EU. Auch interessiert sich die türkische Wirtschaft schon seit langem für die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes. So ist unser türkischer Partnerverband TÜSIAD seit 1987 Mitglied im europäischen Dachverband BUSINESS-EUROPE, wo wir gemeinsam die weitere Entwicklung der EU diskutieren. Aber auch in der Frage der europäischen Energieversorgung wird die Türkei an Bedeutung gewinnen. Sie bildet eine Schnittstelle zwischen Europa, Asien und Russland. All das trägt der Türkei eine Vermittlerrolle und eine Wächterfunktion zu, die sie wahrnimmt und die wir anerkennen sollten.«

**Dann fordern Sie also die Bundesregierung auf, den Beitrittsprozess zu beschleunigen?**

»Nein, für die deutsche Bundesregierung gilt: Pacta sunt servanda – daran hat sich die Regierung gehalten und den Beitrittsprozess nicht blockiert. Aber sicherlich haben die letzten Jahre für die Türkei einen Dämpfer gebracht. Dennoch, für die türkische Seite ist seit der Wahl von Francois Hollande in Frankreich zumindest ein bisschen Hoffnung zurückgekehrt. Die Hoffnung darauf, wie es mir der türkische Minister für Europaangelegenheiten und Chef-Unterhändler, Egemen Bağcı, erklärt hat, dass wenigstens wieder etwas Bewegung in den Verhandlungsprozess kommt, nachdem Hollandes Amtsvorgänger, Nicolas Sarkozy, fast alle Kapitel im Beitrittsprozess blockiert hatte.«

**Und was erwarten Sie ganz persönlich vom Ausgang des Beitrittsprozesses?**

»Die Türkei hat 1999 den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten erhalten. Seit dieser Zeit hat sich viel getan. Heute sitzt die Türkei mit Deutschland und Frankreich bei G20-Verhandlungen als gleichberechtigtes Mitglied mit Ländern wie Brasilien, Indonesien, China oder den USA an einem Tisch. Man muss sich fragen, ob die Türkei, nicht zuletzt aufgrund der Entwicklungen in der EU und vor allem der Eurozone, aktuell selbst den Hauptfokus auf den EU-Beitrittsprozess legt. Um aber an der Dynamik der Türkei teilzuhaben, ist es mir wichtig, dass die Verhandlungen mit der Türkei fortgesetzt und fair und offen geführt werden.«

Das Interview führte **Daniel Sahl**

## Branchenfokus: Gießerei-Industrie



Kay-Uwe Präfke, Foto: BDG

»Die Deutsche Gießerei-Industrie ist eine der exportintensivsten Industriebranchen. Aber gerade im Außenhandel behindern neue Vorschriften das Ziel, Bürokratiekosten zu senken. Neuen Meldepflichten für innergemeinschaftliche Lieferungen bauen zusätzliche Erschwernisse auf, die nur für deutsche Unternehmen gelten. Hier sehen wir für den Gesetzgeber erhöhten Abstimmungsbedarf.«

**Kay-Uwe Präfke**  
Mitglied BDG Hauptgeschäftsführung

## Die Gießerei-Industrie bringt Ideen in Form

In 600 meist mittelständischen und häufig eigentümergeführten Gießereien entwickeln und produzieren 80 Tausend Beschäftigte metallische Schlüsselprodukte. Diese Erzeugnisse werden quer durch alle Industriebranchen eingesetzt, etwa in der Automobil- und Bauindustrie, im Maschinenbau und der Verkehrstechnik.

Die Vielfalt in der Gussindustrie reicht von mikroskopisch kleinen Struktur-Teilen für die Medizintechnik und die Elektronikindustrie bis zu mehreren 100 Tonnen schweren Pressenständen. Anforderungen an moderne Industrieprodukte sind auf den meisten Gebieten ohne Guss nicht zu erfüllen. Das zeigen Beispiele aus der Motor- und Kraftwerkstechnik ebenso wie Teile der Windkrafttechnik, die höchsten technischen Anforderungen genügen müssen.

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften und die hohen Anforderungen an Logistik und Verkehrsinfrastruktur sind Vorteile des Standortes Deutschland. Sie dürfen auch bei knapper werdenden Haushaltsmitteln nicht verspielt werden. Die Verfahren der Branche sind energieintensiv, schließlich müssen Metalle verflüssigt werden. Steigende Energiepreise werden daher zum Standortnachteil. Um für energiepolitische Ziele und auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Förderung von Forschung und Entwicklung für einen industriefreundlichen politischen Rahmen zu arbeiten, ist der Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie (Gründungs-) Mitglied des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

## Außenhandel braucht Regeln, aber keine bürokratischen Fußfesseln

Die Endverwendung deutscher Gusskomponenten liegt zu ca. 80 Prozent im Ausland. Allein zwei Drittel der Exporte werden in die EU-Nachbarstaaten geliefert. Entsprechend sensibel sind

die Unternehmen im Bereich der Bürokratiebelastungen im Außenhandel. In der Hitliste der Bearbeitungskosten der Unternehmen für die zehn teuersten gesetzlichen Regelungen weist das Statistische Bundesamt auf Platz 1 die Abgabe der Umsatzsteuererklärung aus. Auf Platz 10 liegen die Kosten für die Erklärung innergemeinschaftlicher Lieferungen im Besteuerungsverfahren (854 Mio. Euro). Die Einführung der sogenannten »Gelangensbestätigung« würde eine weitere Verteuerung mit sich bringen. Hierbei handelt es sich um ein Formular, auf dem sich Exporteure beim Empfänger der Ware im EU-Ausland den Empfang bestätigen lassen müssen, um die fällige Umsatzsteuer nicht zahlen zu müssen. Statt einer effizienzorientierten Elektronisierung des Zollwesens soll nun wieder eine umfangreiche und dokumentationslastige Nachweisregelung geschaffen werden. Hier sollte der Gesetzgeber allerdings keinen deutschen Alleingang unternehmen, der mangels Akzeptanz im Ausland und durch Erhöhung der bürokratischen Aufwendungen bei den deutschen exportorientierten Unternehmen zu Mehrbelastungen führt, die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig belasten.



Gießerei. Foto: BDI/Fotolia/LE image

## Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie (BDG)

Der BDG in Düsseldorf ist der Branchenverband der deutschen Gießerei-Industrie. Er vertritt ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltung in Brüssel, Berlin und den Bundesländern. Die intensive technische und kaufmännische Unterstützung seiner Mitgliedsunternehmen wird durch ein Brancheninstitut und eine Akademie abgerundet.

### Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

Sohnstr. 70  
40237 Düsseldorf

[www.bdguss.de](http://www.bdguss.de)



## Außenwirtschaftspolitik

## Gastbeitrag von Daniel Caspary, MdEP: Mögliches Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan

»Ein Freihandelsabkommen der EU mit Japan hat ein Win-Win-Potential für beide Seiten, vorausgesetzt Japan beseitigt die bestehenden Markthürden für europäische Unternehmen. Wenn Japan aber bei der Marktöffnung weiter mauert und europäischen Firmen das Leben schwer macht, darf auch ein Verhandlungsabbruch kein Tabu sein.«

**Daniel Caspary, MdEP**



*Daniel Caspary MdEP, Koordinator der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament im Ausschuss für internationalen Handel*

### Die EU-Handelspolitik in Asien

Bereits die im Herbst 2006 vorgestellte neue Außenhandelsstrategie »Global Europe: Competing in a Globalized World« der EU-Kommission legte einen Fokus auf die asiatischen Märkte und identifizierte umfassende, bilaterale Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten als Grundlage der neuen Strategie. Das Scheitern der Entwicklungsrunde von Doha bestätigte, dass die grundsätzliche Richtungsentscheidung, vermehrt auf bilaterale Handelsabkommen zu setzen, um die außenhandelspolitische Stellung der EU zu stärken, richtig war. Der Abschluss und das Inkrafttreten des ersten Abkommens dieser neuen Generation zwischen Südkorea und der EU im vergangenen Jahr war ein wichtiger Schritt für die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit dem asiatischen Raum. Doch nun gilt es die Liberalisierung des Außenhandels mit unseren asiatischen Partnern durch weitere umfassende Abkommen zu vertiefen: Die Verhandlungen über ein Abkommen mit Singapur, das auch als Modell für entsprechende Abschlüsse mit den übrigen ASEAN-Staaten dienen soll, stehen kurz vor dem Abschluss. Australien und Neuseeland dürfen als wichtige Handelspartner beim Ausbau der Handelsverknüpfungen nicht vergessen werden. Ebenso sollte die EU mit Taiwan für den Bereich der Handelspolitik eine pragmatische Lösung anstreben. Schließlich wurden mit der kürzlichen Vorlage eines Verhandlungsmandats seitens der EU-Kommission für ein Abkommen mit Japan die mögliche zukünftige Zusammenarbeit mit einer weiteren Schlüsselregion konkretisiert.

### Japan - Chance oder Gefahr?

Zweifelsohne wäre der Abschluss eines Freihandelsabkommens der EU mit einem Partner auf Augenhöhe wie Japan der bisher größte Erfolg der europäischen Außenhandelspolitik. Zudem hat die EU nicht gerade zahlreiche Handelspartner, mit denen sie die für uns wesentlichen Kriterien einer freiheitlichen Demokratie mit funktionierendem marktwirtschaftlichem Wirtschaftssystem teilt. Aber wahr ist auch: Jahrelang brachte der so genannte »High Level Dialogue« mit Japan kein Ergebnis. Erstaunlicherweise resultierte dies jedoch nicht in verstärkten Bemühungen auf beiden Seiten des Verhandlungstisches, diesen Dialog ergebnisorientierter zu führen, sondern in einer »Scoping Exercise« zur Vorbereitung eines Freihandelsabkommens. Eine gute Portion Skepsis ist daher angebracht und ein Verhandlungsabschluss um jeden Preis nicht akzeptabel: In den Verhandlungen muss Japan unter Beweis stellen, dass es für ein umfassendes Freihandelsabkommen auch zu echten Zugeständnissen bereit ist. Nur im Hinblick auf den Abbau von Zöllen Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren, genügt hierfür nicht. Wir brauchen einen umfassenden Marktzugang nicht nur in der Theorie und im Abkommenstext, sondern vor Ort und in der täglich gelebten Praxis. Japan sollte zudem bereit sein, auch seine bislang noch streng abgeschotteten Märkte für Dienstleistungen und öffentliche Aufträge zu öffnen. Ohne einen diskriminierungsfreien Zugang europäischer Unternehmen zu Aufträgen der öffentlichen Hand kann es keinen echten Freihandel geben. Die Öffnung dieses Milliardenmarktes muss ein integraler Bestandteil des Freihandelsabkommens werden.

Ebenso würden zu viele Ausnahmen das Ziel, ein für beide Verhandlungsparteien gewinnbringendes Abkommen zu schließen, in Frage stellen. Eine Chance bietet auch das bereits in der Praxis erprobte Abkommen mit Südkorea: Die gemachten Erfahrungen sollten in jedem Fall in die Verhandlungsstrategie der EU einfließen.

Welchen Verlauf die Verhandlungen zwischen der EU und Japan auch immer nehmen werden, die Mehrheit für die nötige Zustimmung des Europäischen Parlaments zu einem vorzulegenden Freihandelsabkommen sehe ich nur für ein umfassendes, marktöffnendes sowie langfristig gewinnbringendes Abkommen gesichert.

*Daniel Caspary wurde am 04. April 1976 in Karlsruhe geboren. Nach seiner Zeit bei der Bundeswehr (Oberleutnant d. R.), Studium der Technischen Volkswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und verschiedenen Tätigkeiten, u. a. bei der MVV Energie AG ist Daniel Caspary seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sein Tätigkeitsschwerpunkt ist die internationale Handelspolitik, seit 2009 ist er Koordinator der christdemokratischen EVP-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel.*

## Corporate Social Responsibility (CSR) in kleinen und mittleren Unternehmen

### Wirtschaft trägt Verantwortung

Bereits heute nehmen viele deutsche Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahr, auch über die gesetzlichen Vorschriften hinaus. Besonders in der Außenwirtschaft kommt die Verantwortung der Unternehmen für Mensch und Umwelt zum Tragen. So werden Unternehmen etwa in Schwellen- und Entwicklungsländern häufig mit niedrigen Umwelt- und Sozialstandards konfrontiert.



Menschen. Foto: BDI/Fotolia/Sandor\_Jackal

### CSR: Ein Thema für den Mittelstand

Eine strategische Implementierung von Corporate Social Responsibility findet man bisweilen vor allem bei Großunternehmen. Der Nutzen einer CSR-Strategie für kleine und mittlere

Unternehmen ist aber nicht weniger bedeutend. So hat die Studie »Risikomanagement 2.0« von BDI und PwC ergeben, dass Querschnittsthemen wie Nachhaltigkeit, IT oder Compliance viel zu selten in das Risikomanagement von KMU integriert werden. Außerdem nehmen die gesetzlichen Anforderungen im Bereich CSR zu, etwa durch die Mitteilung der Europäischen Kommission »Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)« vom Oktober 2011. So plant die EU eine Rechtsvorschrift über die Transparenz von CSR-Informationen, von der auch KMU betroffen sein werden. Zudem sollen sich große europäische Unternehmen bis 2014 verpflichten, eines der international anerkannten CSR-Rahmenwerke verbindlich anzuerkennen. Auch das wird sich über das Einkaufsverhalten der großen Unternehmen auf die mittelständische Wirtschaft auswirken.

### Veranstaltung von BDI und PwC

Der BDI unterstützt die Weiterentwicklung von Corporate Social Responsibility (CSR) und führt am **30. Oktober 2012** von 17:00 Uhr – 19:30 Uhr gemeinsam mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PwC) in Berlin eine Veranstaltung zum Thema »**CSR in kleinen und mittlere Unternehmen – Nachhaltigkeit als Erfolgsfaktor für den Mittelstand**« durch. Hier soll es neben Managementstrategien auch um die Frage von CSR in globalen Lieferketten und um die Bedeutung der CSR-Berichterstattung von Unternehmen gehen.

Ansprechpartner im BDI:

**Dr. Christoph Sprich**

Tel. 030 2028-1525

*c.sprich@bdi.eu*

## BDI-Außenwirtschafts-Report

Der BDI-Außenwirtschafts-Report informiert quartalsweise über aktuelle außenwirtschaftliche Trends. Beleuchtet werden die Entwicklungen der Weltwirtschaft und der deutschen Außenwirtschaft. Deutschland ist Vizeweltmeister im Export, Ausfuhren machen etwa die Hälfte des deutschen BIP aus. Insgesamt hängen in Deutschland ein Viertel der Arbeitsplätze vom Außenhandel ab. Die weltweite wirtschaftliche Verflechtung gehört nach wie vor zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien Deutschlands.

Der BDI-Außenwirtschafts-Report erscheint seit dem Jahr 2000 und wird quartalsweise an über 2 000 Leser aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung verschickt, in englischer Sprache unter dem Namen BDI Foreign Economic Report zusätzlich an einen internationalen Leserkreis. Regelmäßig werden die Ergebnisse der BDI-Branchenumfrage zu den Exportaussichten der deutschen Industrie präsentiert.

Wenn Sie den BDI-Außenwirtschafts-Report als vierteljährlichen Newsletter kostenlos in deutscher oder englischer Sprache abonnieren wollen, können Sie sich unter der Adresse

[www.aussenwirtschaftsreport.de](http://www.aussenwirtschaftsreport.de)

in den Verteiler eintragen



## BDI-Außenwirtschaftstermine

Veranstaltungshinweis:

### CSR in kleinen und mittlere Unternehmen – Nachhaltigkeit als Erfolgsfaktor für den Mittelstand

Gemeinsame Veranstaltung vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) und PricewaterhouseCoopers AG (PwC)

**30. Oktober 2012**  
**17:00 Uhr – 19:30 Uhr**  
**PwC Berlin, Potsdamer Platz**

Ansprechpartner im BDI und Anmeldung:  
**Dr. Christoph Sprich**, Tel. 030 2028-1525, [c.sprich@bdi.eu](mailto:c.sprich@bdi.eu)

|            |   |                 |
|------------|---|-----------------|
| 04.09.2012 | BDI-KAS Trade Lunch Thema Japan                               | Brüssel         |
| 14.09.2012 | BDI-Arbeitskreis Zoll   | Berlin          |
| 27.09.2012 | BDI-Arbeitskreis Exportkontrollen                             | Berlin          |
| 12.10.2012 | Deutsch-Brasilianische Gemischte Kommission                   | Berlin          |
| 16.10.2012 | BDI-Geschäftsführergespräch Außenwirtschaft (2 Tage)          | Groß Ziethen    |
| 18.10.2012 | Deutsch-Italienisches Unternehmertreffen (2 Tage)             | Bozen           |
| 23.10.2012 | Deutsch-Chilenische Wirtschaftstage (2 Tage)                  | Essen           |
| 24.10.2012 | BDI-Arbeitskreis Exportkreditversicherung/Exportfinanzierung  | München         |
| 26.10.2012 | 4. Station »Indo-German Urban Mela« (8 Tage)                  | New Delhi       |
| 30.10.2012 | CSR in kleinen und mittleren Unternehmen                      | Berlin          |
| 01.11.2012 | BDI-Arbeitskreis USA  | Berlin          |
| 01.11.2012 | 13. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (2 Tage) | Gurgaon/Delhi   |
| 14.11.2012 | Transatlantische Jahreswirtschaftskonferenz (2 Tage)          | Frankfurt a. M. |